

Bundesgesetzblatt ⁷³

Teil I

G 5702

2014 **Ausgegeben zu Bonn am 28. Januar 2014** **Nr. 5**

Tag	Inhalt	Seite
17. 1.2014	Erste Verordnung zur Änderung der Schweinehaltungshygieneverordnung FNA: 7831-1-46-6	74
23. 1.2014	Siebenundvierzigste Verordnung zur Änderung der Futtermittelverordnung FNA: 7825-1-4	77
23. 1.2014	Vierzehnte Schiffssicherheitsanpassungsverordnung FNA: 9512-19, 9512-19-1, 9510-1-29, 9510-1-29, 9510-1-27, 2129-26-1	78

Hinweis auf andere Verkündungen

Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 1 und Nr. 2	84
Verkündungen im Bundesanzeiger	86
Rechtsvorschriften der Europäischen Union	87

Erste Verordnung zur Änderung der Schweinehaltungshygieneverordnung

Vom 17. Januar 2014

Auf Grund des § 6 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe b, Nummer 5, 10, 11 Buchstabe a und c, Nummer 12, 15, 21, 23 und 25 bis 27, auch in Verbindung mit Absatz 2, und des § 26 des Tiergesundheitsgesetzes vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1324) in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 17. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4310) verordnet das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft:

Artikel 1 Änderung der Schweinehaltungshygieneverordnung

Die Schweinehaltungshygieneverordnung vom 7. Juni 1999 (BGBl. I S. 1252), die zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 17. Juni 2009 (BGBl. I S. 1337) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 11 werden
 - aa) die Wörter „in Ställen“ durch die Wörter „in festen Stallgebäuden“ und
 - bb) der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.
- b) Folgende Nummer 12 wird angefügt:

„12. Verenden:
der Tod eines Schweines auf natürlichem Wege, auch infolge einer Krankheit.“
- c) Folgender Satz wird angefügt:

„Wird ein Schwein infolge einer Krankheit aus Gründen des Tierschutzes getötet, ist das Schwein im Sinne des Satzes 1 Nummer 12 verendet.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 3
Anforderungen an die
Stallhaltung und an die Auslaufhaltung“.
- b) In den Absätzen 1, 2 und 3 wird jeweils das Wort „Tierbesitzer“ durch das Wort „Tierhalter“ ersetzt.
- c) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Wer Schweine in einer Auslaufhaltung halten will, hat dies der zuständigen Behörde vor Beginn der Tätigkeit unter Angabe seines Namens, seiner Anschrift, der Anzahl der im Jahresdurchschnitt voraussichtlich gehaltenen Tiere, ihrer Nutzungsart und ihres Standortes anzuzeigen, soweit der zuständigen Behörde

diese Angaben nicht bereits nach anderen Vorschriften zum Schutz vor Tierseuchen übermittelt worden sind.“

3. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) In den Absätzen 1 und 2 wird jeweils das Wort „Tierbesitzer“ durch das Wort „Tierhalter“ ersetzt.
- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 3 werden die Wörter „oder Schweinepest bei Hausschweinen“ durch die Wörter „, Schweinepest bei Hausschweinen oder Maul- und Klauenseuche“ ersetzt.
 - bb) In Satz 4 werden die Wörter „oder Schweinepest bei Hausschweinen“ durch die Wörter „, Schweinepest bei Hausschweinen oder Maul- und Klauenseuche“ ersetzt.
 - cc) In Satz 5 Nummer 2 werden die Wörter „oder Schweinepest bei Hausschweinen“ durch die Wörter „, Schweinepest bei Hausschweinen oder Maul- und Klauenseuche“ ersetzt.
 - dd) Satz 6 wird wie folgt gefasst:

„Anstelle des Widerrufs der Genehmigung kann die zuständige Behörde in Fällen

 1. des Satzes 5 Nummer 1 das Ruhen der Genehmigung bis zur Abstellung der Mängel oder
 2. des Satzes 5 Nummer 2 zusätzliche Maßnahmen, die der Abwehr einer Gefahr durch Tierseuchen bei Wildtieren, Schweinepest bei Hausschweinen oder Maul- und Klauenseuche dienen,

für Freilandhaltungen anordnen, soweit tierseuchenrechtliche Gründe nicht entgegenstehen.“

4. § 6 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird die Angabe „§ 10 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung zum Schutz von Schweinen bei der Stallhaltung (Schweinehaltungsverordnung)“ durch die Angabe „§ 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird das Wort „Tierbesitzer“ durch das Wort „Tierhalter“ ersetzt.

5. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort „Tierbesitzer“ durch das Wort „Tierhalter“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 Nummer 1 wird das Wort „Tierbesitzers“ durch das Wort „Tierhalters“ ersetzt.

- b) In Absatz 3 wird die Angabe „§ 24c Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 24 Abs. 3 Satz 2“ durch die Angabe „§ 42 Absatz 2 in Verbindung mit § 25 Absatz 3 Satz 1 und 2“ ersetzt.
6. § 8 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
- aaa) In Nummer 1 werden die Wörter „von Todesfällen von Schweinen“ durch die Wörter „von verendeten Schweinen“ ersetzt.
- bbb) In Nummer 4 wird das Wort „Todesfällen“ durch die Wörter „Totgeburten oder Todesfällen“ ersetzt.
- ccc) Das Wort „Tierbesitzer“ wird durch das Wort „Tierhalter“ ersetzt.
- ddd) Die Wörter „gemäß § 7 Abs. 1“ werden durch die Wörter „, der den Bestand nach § 7 Absatz 1 betreut,“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Schweinepest“ die Wörter „und Afrikanische Schweinepest“ eingefügt.
- cc) Folgender Satz wird angefügt:
- „In Betrieben mit Auslaufhaltung oder Freilandhaltung ist immer auch auf Brucellose und Aujeszkysche Krankheit zu untersuchen.“
- b) In Absatz 2 werden die Wörter „von Todesfällen“ durch die Wörter „von verendeten Schweinen“ ersetzt.
7. § 9 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird das Wort „Tierbesitzer“ durch das Wort „Tierhalter“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 wird die Angabe „§ 24 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 25 Absatz 3“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 wird das Wort „Tierbesitzer“ durch das Wort „Tierhalter“ ersetzt.
8. § 11 wird wie folgt gefasst:
- „§ 11
Anordnungsbefugnis
- Die zuständige Behörde kann
1. soweit es zum Schutz gegen die Gefährdung durch Tierseuchen erforderlich ist, für Schweinehaltungen insbesondere hinsichtlich weitergehender Untersuchungen ergänzende Anordnungen erteilen,
 2. das Halten von Schweinen oder das Verbringen von Schweinen aus dem Betrieb beschränken, soweit die Schweine nicht nach dem für die jeweilige Schweinehaltung in den Anlagen 1 bis 5 vorgesehenen Anforderungen gehalten werden,
 3. das Verbringen von Schweinen beschränken, soweit die Schweinehaltung nicht nach § 26 Absatz 1 oder § 47 Absatz 2 der Viehverkehrsverordnung angezeigt worden ist,
 4. die Auslaufhaltung beschränken oder untersagen, soweit der Betrieb in einem Gebiet liegt, das durch Tierseuchen bei Wildtieren, Schweinepest bei Hausschweinen oder Maul- und Klauenseuche gefährdet ist und die Gefährdung auf andere Weise nicht abgewendet werden kann, oder
5. für Schweinehaltungen Ausnahmen zulassen, soweit auf andere Weise sichergestellt ist, dass der Schutzzweck der Verordnung erfüllt wird.“
9. § 12 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden die Wörter „im Sinne des § 76 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe b des Tierseuchengesetzes“ durch die Wörter „im Sinne des § 32 Absatz 2 Nummer 4 des Tiergesundheitsgesetzes“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 werden die Wörter „im Sinne des § 76 Abs. 2 Nr. 2 des Tierseuchengesetzes“ durch die Wörter „im Sinne des § 32 Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe a und b des Tiergesundheitsgesetzes“ ersetzt.
10. § 13 wird wie folgt gefasst:
- „§ 13
Übergangsregelungen
- Wer das Halten von Schweinen nicht nach § 3 Absatz 4 angezeigt hat, hat dies abweichend von § 3 Absatz 4 bis zum 31. Dezember 2014 anzuzeigen, soweit der zuständigen Behörde die dort genannten Angaben nicht bereits nach anderen Vorschriften zum Schutz vor Tierseuchen übermittelt worden sind.“
11. In Anlage 1 Abschnitt II werden
- a) in Nummer 1 das Wort „Tierbesitzer“ durch das Wort „Tierhalter“ ersetzt und
- b) folgende Nummer 4 angefügt:
- „4. Der Tierhalter hat sicherzustellen, dass
- a) Schweine in Auslaufhaltung beim Aufenthalt im Freien keinen Kontakt zu Schweinen anderer Betriebe oder zu Wildschweinen bekommen können,
 - b) Futter und Einstreu vor Wildschweinen sicher geschützt gelagert werden.“
12. Anlage 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Abschnitt I Nummer 3 Buchstabe d wird die Angabe „Material der Kategorie 1 oder 2 im Sinne des Artikels 13 der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Oktober 2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte (ABl. EG Nr. L 273 S. 1)“ durch die Angabe „Material der Kategorie 2 im Sinne des Artikels 24 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 (Verordnung über tierische Nebenprodukte) (ABl. L 300 vom 14.11.2009, S. 1)“ ersetzt.
- b) In den Abschnitten II und III Nummer 4 wird jeweils das Wort „Tierbesitzer“ durch das Wort „Tierhalter“ ersetzt.

13. Anlage 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Abschnitt II Nummer 3 wird das Wort „Tierbesitzern“ durch das Wort „Tierhaltern“ ersetzt.
- b) In Abschnitt III wird das Wort „Tierbesitzer“ durch das Wort „Tierhalter“ ersetzt.

14. Anlage 4 wird wie folgt geändert:

- a) Abschnitt I wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 2 wird jeweils das Wort „Tierbesitzer“ durch das Wort „Tierhalter“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 3 Buchstabe c wird die Angabe „Material der Kategorie 1 oder 2 im Sinne des Artikels 13 der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Oktober 2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte (ABl. EG Nr. L 273 S. 1)“ durch die Angabe „Material der Kategorie 2 im Sinne des Artikels 24 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009“ ersetzt.
- b) In den Abschnitten II und III Nummer 4 wird jeweils das Wort „Tierbesitzer“ durch das Wort „Tierhalter“ ersetzt.

15. In Anlage 5 Abschnitt II Nummer 2 wird das Wort „Tierbesitzern“ durch das Wort „Tierhaltern“ ersetzt.

16. Anlage 6 Abschnitt I wird wie folgt gefasst:

„Abschnitt I

Gehäuftes Verenden

Ein Verenden tritt gehäuft auf, wenn innerhalb von sieben Tagen in einem Stall oder einem sonstigen Standort die in der nachfolgenden Tabelle genannten Vom-Hundert-Werte überschritten werden:

Verenden im Abferkelbereich		Verenden im Aufzuchtbereich	Verenden im Mast- oder Zuchtbereich
Erste Lebenswoche	Übrige Lebenswochen		
15	5	3	2“.

Artikel 2

Bekanntmachungserlaubnis

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft kann den Wortlaut der Schweinehaltungshygieneverordnung in der vom Inkrafttreten dieser Verordnung an geltenden Fassung neu bekanntmachen.

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 2014 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 17. Januar 2014

Der Bundesminister
für Ernährung und Landwirtschaft
Hans-Peter Friedrich

Siebenundvierzigste Verordnung zur Änderung der Futtermittelverordnung

Vom 23. Januar 2014

Auf Grund des § 62 Absatz 1 Nummer 2 und des § 70 Absatz 6 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 2013 (BGBl. I S. 1426), jeweils in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 17. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4310), verordnet das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft:

Artikel 1

Die Futtermittelverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2013 (BGBl. I S. 2242) wird wie folgt geändert:

1. In § 23 Absatz 1 einleitender Satzteil werden die Wörter „Verordnung (EU) Nr. 107/2013 (ABl. L 35 vom 6.2.2013, S. 1)“ durch die Wörter „Verordnung (EU) Nr. 1275/2013 (ABl. L 328 vom 7.12.2013, S. 86)“ ersetzt.
2. § 36b wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:

„3. entgegen Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a einen dort genannten Nachweis nach Anforderung nicht, nicht richtig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht unverzüglich erbringt,“.
 - bb) Die bisherigen Nummern 3 und 4 werden die Nummern 4 und 5.
 - b) In Absatz 5 werden die Wörter „Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1235/2012 (ABl. L 350 vom 20.12.2012, S. 44)“ durch die Wörter „Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1355/2013 (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 35)“ ersetzt.

rungsverordnung (EU) Nr. 1355/2013 (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 35)“ ersetzt.

c) Absatz 8 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 2 werden

aaa) die Wörter „Durchführungsverordnung (EU) Nr. 284/2012 (ABl. L 299 vom 27.10.2012, S. 31),“ durch die Wörter „Durchführungsverordnung (EU) Nr. 284/2012 (ABl. L 299 vom 27.10.2012, S. 31), die durch die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 495/2013 (ABl. L 143 vom 30.5.2013, S. 3) geändert worden ist,“ und

bbb) der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

bb) Folgende Nummer 3 wird angefügt:

„3. entgegen Artikel 7 Absatz 2 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 91/2013 der Kommission vom 31. Januar 2013 zur Festlegung besonderer Bedingungen für die Einfuhr von Erdnüssen aus Ghana und Indien, Okra und Curryblättern aus Indien sowie Wassermelonenkernen aus Nigeria und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 669/2009 und (EG) Nr. 1152/2009 der Kommission (ABl. L 33 vom 2.2.2013, S. 2) als Futtermittelunternehmer oder als sein Vertreter ein dort genanntes Dokument nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 23. Januar 2014

Der Bundesminister
für Ernährung und Landwirtschaft
Hans-Peter Friedrich

Vierzehnte Schiffssicherheitsanpassungsverordnung***Vom 23. Januar 2014**

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur verordnet jeweils in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 17. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4310) auf Grund

- des § 15 des Schiffssicherheitsgesetzes vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2860), der zuletzt durch Artikel 4 Nummer 9 des Gesetzes vom 4. Juni 2013 (BGBl. I S. 1471) geändert worden ist,
- des § 7a Absatz 3 und 4, Absatz 4 auch in Verbindung mit Absatz 5, des § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, 4 und 6, auch in Verbindung mit Satz 2 und 3 und Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 sowie mit § 9c, des Seeaufgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 2002 (BGBl. I S. 2876), von denen § 7a Absatz 3, 4 und 5 durch Artikel 1 Nummer 6 des Gesetzes vom 8. April 2008 (BGBl. I S. 706) eingefügt und § 9 Absatz 1 Satz 1 im einleitenden Satzteil und Satz 3 zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa und bb des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868) und § 9 Absatz 1 Satz 2 zuletzt durch Artikel 2 Nummer 9 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb des Gesetzes vom 4. Juni 2013 (BGBl. I S. 1471) und § 9c zuletzt durch Artikel 2 Nummer 10 des Gesetzes vom 4. Juni 2013 (BGBl. I S. 1471) geändert worden ist,
- des § 36 Absatz 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), der durch Artikel 1 Nummer 5 Buchstabe b des Gesetzes vom 26. Januar 1998 (BGBl. I S. 156, 340) geändert worden ist:

Artikel 1**Änderung der****Anlage zum Schiffssicherheitsgesetz**

Die Anlage zum Schiffssicherheitsgesetz vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2860), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. Juni 2013 (BGBl. I S. 1471) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt A wird wie folgt geändert:
 - a) Unterabschnitt I wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Nummer I.0.19 wird folgende Nummer I.0.20 eingefügt:

* – Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe c Doppelbuchstabe bb und Artikel 3 Nummer 1 dieser Verordnung dienen der Umsetzung der Richtlinie 2012/32/EU der Kommission vom 25. Oktober 2012 zur Änderung der Richtlinie 96/98/EG des Rates über Schiffsausrüstung (ABl. L 312 vom 10.11.2012, S. 1).

– Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe b und Artikel 2 Nummer 3 Buchstabe b dieser Verordnung dienen der Umsetzung von Artikel 1 der Richtlinie 2013/38/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 zur Änderung der Richtlinie 2009/16/EG über die Hafensstaatkontrolle (ABl. L 218 vom 14.8.2013, S. 1).

– Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe c Doppelbuchstabe cc und Artikel 4 dieser Verordnung dienen der Umsetzung der Richtlinie 2013/52/EU der Kommission vom 30. Oktober 2013 zur Änderung der Richtlinie 96/98/EG des Rates über Schiffsausrüstung (ABl. L 304 vom 14.11.2013, S. 1).

„I.0.20 Änderungen vom Mai 2010, vom Dezember 2010 und vom Mai 2011 (MSC.290(87), MSC.291(87), MSC.308(88), MSC.309(88) und MSC.317(89)) Angenommen am 21. Mai 2010, am 3. Dezember 2010 und am 20. Mai 2011 (BGBl. 2012 II S. 690)“.

bb) Nummer I.2/1 wird wie folgt geändert:

aaa) Nach den Wörtern „Zu Kapitel II-1 der Anlage zu SOLAS (Bauart - Bauweise, Unterteilung und Stabilität, Maschinen und elektrische Anlagen):“ wird folgende Angabe eingefügt:

„Zu Regeln II-1/2.28 und II-1/3-10: Internationale Zielorientierte Schiffbau-normen für Massengutschiffe und Öltankschiffe
Entschließung MSC.287(87)
Angenommen am 20. Mai 2010
(VkBl. 2012 S. 138)“.

bbb) Nach der Angabe „(VkBl. 2006 S. 8)“ wird folgende Angabe eingefügt:

„Zu Regel II-1/3-11:

a) Leistungsanforderung für Schutzbeschichtungen für Ladeöltanks von Rohöltankern
Entschließung MSC.288(87)
Angenommen am 14. Mai 2010
(VkBl. 2013 S. 230)

– Änderung von 2012 (MSC.342(91))
Angenommen am 30. November 2012
(VkBl. 2013 S. 781)

b) Leistungsstandard für alternative Korrosionsschutzmittel für Ladeöltanks von Rohöltankern
Entschließung MSC.289(87)
Angenommen am 14. Mai 2010
(VkBl. 2011 S. 943)“.

cc) In Nummer I.2/2 werden die Regel 3 betreffenden Angaben wie folgt geändert:

aaa) Buchstabe a wird wie folgt gefasst:

„a) Internationaler Code für die Anwendung von Brandprüfverfahren (FTP-Code 2010) (MSC.307(88))
Angenommen am 3. Dezember 2010
(VkBl. 2012 S. 759)“.

bbb) Dem Buchstaben b werden folgende Angaben angefügt:

„– Änderung von 2010 (MSC.292(87))
Angenommen am 21. Mai 2010
(VkBl. 2013 S. 694)

– Änderung von 2010 (MSC.311(88))
Angenommen am 3. Dezember 2010
(VkBl. 2013 S. 699)

- Änderung von 2012 (MSC.327(90))
Angenommen am 25. Mai 2012
(VkBl. 2013 S. 774)“.
- dd) Nummer I.3 wird wie folgt geändert:
 - aaa) Nach der Angabe „(VkBl. 2009 S. 426)“
werden folgende Angaben eingefügt:
 - „- Änderung von 2010 (MSC.293(87))
Angenommen am 21. Mai 2010
(VkBl. 2011 S. 949)
 - Änderung von 2010 (MSC.320(89))
Angenommen am 20. Mai 2011
(VkBl. 2011 S. 878)“.
 - bbb) In den Regel 20.8.1.2 betreffenden Angaben werden nach der Angabe „(VkBl. 2009 S. 432)“ folgende Angaben angefügt:
 - „- Änderung von 2010 (MSC.295(87))
Angenommen am 21. Mai 2010
(VkBl. 2011 S. 949)
 - Änderung von 2011 (MSC.321(89))
Angenommen am 20. Mai 2011
(VkBl. 2011 S. 881)
 - Änderung von 2011 (MSC.323(89))
Angenommen am 20. Mai 2011
(VkBl. 2011 S. 883)“.
- ee) In Nummer I.10 Buchstabe b wird nach der Angabe „(VkBl. 2010 S. 465 und S. 485)“ folgende Angabe angefügt:
 - „- Änderung von 2012 (MSC.326(90))
Angenommen am 24. Mai 2012
(VkBl. 2013 S. 773)“.
- b) Unterabschnitt II wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Nummer II.0.21 werden folgende Nummern II.0.22 bis II.0.25 eingefügt:
 - „II.0.22 Änderungen vom Juli 2011
(MEPC.202(62) und MEPC.203(62))
Angenommen am 15. Juli 2011
(BGBl. 2012 II S. 1146)
 - II.0.23 Änderungen vom Juli 2011
(MEPC.200(62) und MEPC.201(62))
Angenommen am 15. Juli 2011
(BGBl. 2012 II S. 1194)
 - II.0.24 Änderungen vom Juli 2011
(MEPC.216(63) und MEPC.217(63))
Angenommen am 15. Juli 2011
(BGBl. 2013 II S. 356)
 - II.0.25 Änderungen vom Oktober 2010
(MEPC.193(61))
Angenommen am 1. Oktober 2010
(BGBl. 2013 II S. 1098)“.
 - bb) In Nummer II.4 wird nach der Angabe „(VkBl. 2010 S. 290)“ folgende Angabe angefügt:
 - „Zu Regel 20:
Richtlinien von 2012 über die Methode zur Berechnung des erreichten Energieeffizienz-Kennwerts (EEDI) für Schiffsneubauten (EntschlieÙung MEPC.212(63))
Angenommen am 2. März 2012
(VkBl. 2013 S. 128)“.
- c) Unterabschnitt VI wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Angabe „Regel I/2 Abs. 9,“ wird durch die Angabe „Regel I/2 Absatz 11,“ ersetzt.
 - bb) Die Wörter „zuletzt geändert durch die Siebte Verordnung über Änderungen der Anlage des Internationalen Übereinkommens von 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten vom 26. August 2008 (BGBl. 2008 II S. 870)“ werden durch die Wörter „zuletzt geändert durch die Achte Verordnung über Änderungen der Anlage des Internationalen Übereinkommens von 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten vom 28. Juni 2013 (BGBl. 2013 II S. 934)“ ersetzt.
 - d) In Unterabschnitt VI.1 wird die Angabe „(BGBl. 1997 II S. 1118 sowie Anlageband zum Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 26 vom 25. Juni 1997)“ durch die Angabe „(BGBl. 2013 II S. 934 sowie Anlageband zum Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 18 vom 4. Juli 2013)“ ersetzt.
- 2. Abschnitt B Unterabschnitt III wird wie folgt gefasst:
 - „III. Regeln 4 und 5 Abschnitte A, B sowie D in Verbindung mit Regel 1 der Anlage IV in der Fassung der HELCOM-Empfehlung 24/8 (BGBl. 2004 II S. 1667, 1671) in Verbindung mit Artikel 8 Absatz 1 und Regeln 5 und 6 der Anlage VII in Verbindung mit Artikel 11 Absatz 5 des Übereinkommens vom 9. April 1992 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (Helsinki-Übereinkommen)
(BGBl. 1994 II S. 1355, 1397)“.
- 3. Abschnitt C wird wie folgt geändert:
 - a) Unterabschnitt I wird wie folgt geändert:
 - aa) Nummer I.1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) Folgende Nummern I.1.1 und I.1.2 werden vorangestellt:
 - „I.1.1 Zu den Regeln II-1/2.28 und II-1/3-10:
Richtlinien für die Prüfung der Konformität mit den Zielorientierten Schiffbaunormen für Massengutschiffe und Öltankschiffe
EntschlieÙung MSC.296(87)
Angenommen am 20. Mai 2010
(VkBl. 2013 S. 153)
 - I.1.2 Zu Regel II-1/4:
Erläuterungen zu den Unterteilungs- und Leckstabilitäts-Vorschriften in Kapitel II-1 SOLAS
EntschlieÙung MSC.281(85)
Angenommen am 4. Dezember 2008
(VkBl. 2011 S. 651)“.
 - bbb) Die bisherige Nummer I.1 wird Nummer I.1.3.
 - bb) Nach Nummer I.2.1 wird folgende Nummer I.2.2 eingefügt:
 - „I.2.2 Zu Regel II-2/10:
Überarbeitete Richtlinien für die Zulassung von Sprinkler- und Wassersprüh-

- systemen, die Regel II-2/12 SOLAS gleichwertig sind (EntschlieÙung A.800(19))
Angenommen am 23. November 1995 (VkB1. 2011 S. 276)
- geändert durch EntschlieÙung MSC.265(84)
Angenommen am 9. Mai 2008 (VkB1. 2010 S. 466; 2011 S. 276)
 - geändert durch EntschlieÙung MSC.284(86)
Angenommen am 10. März 2011 (VkB1. 2010 S. 466; 2011 S. 276)“.
- cc) Die bisherige Nummer I.2.2 wird Nummer I.2.3.
- dd) Der Nummer I.4.1 wird folgende Nummer I.4.0 vorangestellt:
- „I.4.0 Zu Regel V/14
EntschlieÙung A.1047(27) „Grundsätze für eine sichere Mindestbesatzung“
Angenommen am 30. November 2011 (VkB1. 2013 S. 201)“.
- b) Unterabschnitt II wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer II.2 werden die Wörter „Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft“ durch das Wort „See-Berufsgenossenschaft“ ersetzt.
- bb) Nummer II.4 wird wie folgt geändert:
- aaa) Die Angabe
- „– Änderung von 2000 (MEPC.92(45))
Angenommen am 5. Oktober 2000 (VkB1. 2001 S. 485)“
- wird durch die Angabe
- „– Änderung von 2012 (MEPC.219(63))
Angenommen am 2. März 2012 (VkB1. 2012 S. 795)“.
- ersetzt.
- bbb) Nach der Angabe „(VkB1. 1997 S. 545)“ wird folgende Angabe angefügt:
- „– Zu Regel 10:
Richtlinien von 2012 für die Ausarbeitung von Müllbehandlungsplänen (MEPC.220(63))
Angenommen am 2. März 2012 (VkB1. 2012 S. 838)“.
- cc) In Nummer II.5 werden nach der Angabe „(VkB1. 2010 S. 341)“ folgende Angaben eingefügt:
- „Zu Regel 5 Absatz 4:
Richtlinien von 2012 über Besichtigungen im Hinblick auf den Energieeffizienz-Kennwert (EEDI) und die Ausstellung von Zeugnissen darüber (MEPC.214(63))
Angenommen am 2. März 2012 (VkB1. 2013 S. 314)
- Zu Regel 21:
Richtlinien von 2012 für die Berechnung von Referenzlinien zur Verwendung in Verbindung mit dem Energieeffizienz-Kennwert (EEDI) (MEPC.215(63))
Angenommen am 2. März 2012 (VkB1. 2013 S. 325)
- Zu Regel 22:
Richtlinien von 2012 für die Erstellung eines Schiffsenergieeffizienz-Managementplans (SEEMP) (MEPC.213(63))
Angenommen am 2. März 2012 (VkB1. 2012 S. 676)“.
- c) Unterabschnitt III wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer III.1 werden die Wörter „(Anlageband zum Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 26 vom 25. Juni 1997)“ durch die Wörter „(Anlageband zum Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 18 vom 4. Juli 2013)“ ersetzt.
- bb) Die Nummern III.1.1 und III.1.2 werden aufgehoben.
4. Abschnitt D wird wie folgt geändert:
- a) Im einleitenden Satzteil werden die Wörter „Die hier genannten Gemeinschaftsverpflichtungen umfassen nicht die unmittelbar geltenden Verordnungen des Gemeinschaftsrechts“ durch die Wörter „Die hier genannten Verpflichtungen aus Gemeinschafts- oder Unionsrecht umfassen nicht die unmittelbar geltenden Verordnungen des Gemeinschafts- oder Unionsrechts“ ersetzt.
- b) In Nummer 8 Buchstabe b wird nach Nummer 8.5 folgende Nummer 8.6 angefügt:
- „8.6 Artikel 1 der Richtlinie 2013/38/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. August 2013 zur Änderung der Richtlinie 2009/16/EG über die Hafenstaatkontrolle (ABl. L 218 vom 14.8.2013, S. 1)“.
- c) Nummer 10 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 10.8 wird der Amtliche Hinweis nach der Angabe „(ABl. L 239 vom 15.9.2011, S. 1)“ gestrichen.
- bb) Folgende Nummer 10.9 wird angefügt:
- „10.9 Artikel 1 und 2 der Richtlinie 2012/32/EU der Kommission vom 25. Oktober 2012 zur Änderung der Richtlinie 96/98/EG des Rates über Schiffsausrüstung (ABl. L 312 vom 10.11.2012, S. 1)“.
- cc) Folgende Nummer 10.10 wird angefügt:
- „10.10 Artikel 1 und 2 der Richtlinie 2013/52/EU der Kommission vom 30. Oktober 2013 zur Änderung der Richtlinie 96/98/EG des Rates über Schiffsausrüstung (ABl. L 304 vom 14.11.2013, S. 1)*

* Amtlicher Hinweis zu 10.10 – Die dort genannte Richtlinie ist nach ihrem Artikel 3 erst ab dem 4. Dezember 2014 anzuwenden.“

5. Abschnitt E wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 4 Buchstabe b wird nach der Angabe „(VkBl. 2009 S. 272)“ folgende Angabe angefügt:
„– Änderung von 2010 (MSC.299(87))
Angenommen am 14. Mai 2010
(VkBl. 2011 S. 1012)“.
- b) In Nummer 15 wird die Angabe „Regel V/3 Abs. 1 Satz 1“ durch die Angabe „Regel V/2 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.
- c) In Nummer 16 wird nach der Angabe „(BGBl. 2011 II S. 506)“ folgende Angabe angefügt:
„– Änderung durch Annahme der Zusätze Teil B des Internationalen Codes über Intakstabilität von 2008 (IS-Code 2008) (MSC.319(89))
(VkBl. 2011 S. 877)“.
- d) Der Nummer 24 wird folgende Angabe angefügt:
„– geändert durch Entschl. MSC.335(90)
Angenommen am 22. Mai 2012
(VkBl. 2013 S. 780)“.
- e) Folgende Nummern 29 bis 34 werden angefügt:
„29. Richtlinien von 2011 über zusätzliche Aspekte der Technischen NO_x-Vorschrift 2008 in Bezug auf besondere Anforderungen an Schiffsdieselmotoren mit Systemen zur selektiven katalytischen Reduktion (SCR)
Entschließung MEPC.198(62)
Angenommen am 15. Juli 2011
(VkBl. 2012 S. 1009)
30. Richtlinien von 2011 für Auffanganlagen nach Anlage VI von MARPOL
Entschließung MEPC.199(62)
Angenommen am 15. Juli 2011
(VkBl. 2011 S. 927)
31. Entschließung A.891(21) „Empfehlungen zur Ausbildung von Personal auf beweglichen Offshore-Plattformen (MOUs)“
Angenommen am 25. November 1999
(VkBl. 2013 S. 172)
32. Leistungsanforderungen für das Brücken-Alert-Management
Entschließung MSC.302(87)
Angenommen am 17. Mai 2010
(VkBl. 2012 S. 829)
33. MEPC.2/Rundschreiben 18 „Vorläufige Einstufung Flüssiger Stoffe“ vom 17. Dezember 2010
(VkBl. 2013 S. 125)
34. Entschließung A.1050(27) „Überarbeitete Empfehlungen zum Begehen geschlossener Räume an Bord von Schiffen“
Angenommen am 30. November 2011
(VkBl. 2013 S. 782)“.

Artikel 2**Änderung der
Schiffssicherheitsverordnung**

Die Schiffssicherheitsverordnung vom 18. September 1998 (BGBl. I S. 3013, 3023), die zuletzt durch Artikel 2

§ 11 der Verordnung vom 20. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2802) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 7 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) Im einleitenden Satzteil wird das Wort „See-Berufsgenossenschaft“ durch die Wörter „Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft“ ersetzt.
- b) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 8 Abs. 1 oder“ und die Angabe „oder C.I.2 Nr. 13“ gestrichen.

2. In § 10 Absatz 1 werden die Wörter „sowie Zulassungen nach § 8 Abs. 1“ gestrichen.

3. § 12 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „See-Berufsgenossenschaft“ durch die Wörter „Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 werden nach der Angabe „(ABl. L 131 vom 28. 5. 2009, S. 57)“ die Wörter „, die zuletzt durch die Richtlinie 2013/38/EU (ABl. L 218 vom 14.8.2013, S. 1) geändert worden ist,“ eingefügt.

- c) In Absatz 4 Satz 1 wird das Wort „See-Berufsgenossenschaft“ durch die Wörter „Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft“ ersetzt.

4. § 13 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Nummer 2 Buchstabe b wird das Wort „See-Berufsgenossenschaft“ durch die Wörter „Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft“ ersetzt.
- bb) In Nummer 4 werden die Wörter „§ 9 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 Satz 1“ durch die Wörter „§ 9 Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 Satz 1 und Absatz 5“ ersetzt und die Wörter „oder eine gültige Prüfbescheinigung“ durch die Wörter „, eine gültige Prüfbescheinigung oder eine gültige Bescheinigung nach § 9 Absatz 5“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 4a eingefügt:

„4a. auf Schiffen, die mit einem automatischen Schiffsidifizierungssystem ausgerüstet sind, dieses entsprechend Regel V/19.2.4 Satz 2 der Anlage zum SOLAS-Übereinkommen, das in Abschnitt A.I der Anlage zum Schiffssicherheitsgesetz aufgeführt ist, zu jeder Zeit in Betrieb gehalten wird,“.

- bb) In Nummer 12 werden die Wörter „oder die nach § 9 Abs. 4 Satz 6 ausgestellte Prüfbescheinigung“ durch die Wörter „, die nach § 9 Absatz 4 Satz 6 ausgestellte Prüfbescheinigung oder die nach § 9 Absatz 5 ausgestellte Bescheinigung“ ersetzt.

- c) In Absatz 6 wird das Wort „See-Berufsgenossenschaft“ durch die Wörter „Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft“ ersetzt.

5. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 1 Buchstabe d werden die Wörter „oder die Prüfbescheinigung“ durch die Wörter „, die Prüfbescheinigung oder die Bescheinigung nach § 9 Absatz 5“ ersetzt.
- bb) Nummer 2 wird wie folgt geändert:
- aaa) Nach Buchstabe d wird folgender Buchstabe e eingefügt:
- „e) entgegen § 13 Absatz 2 Nummer 4a nicht dafür sorgt, dass das automatische Schiffsidentifizierungssystem zu jeder Zeit in Betrieb gehalten wird,“.
- bbb) Die bisherigen Buchstaben e bis m werden die Buchstaben f bis n.
- ccc) In dem neuen Buchstaben m werden die Wörter „oder die Prüfbescheinigung“ durch die Wörter „, die Prüfbescheinigung oder die Bescheinigung nach § 9 Absatz 5“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 werden die Wörter „des Absatzes 1 Nr. 2 Buchstabe a bis d, g und h sowie Nr. 6“ durch die Wörter „des Absatzes 1 Nummer 2 Buchstabe a bis d, h und i sowie Nummer 6“ ersetzt.
- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
- „1. in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 Buchstabe a und d, Nummer 1a, 2 Buchstabe a, b, d, e, h, j, l, m und n sowie Nummer 3 und 4 auf die Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft,“.
- bb) In Nummer 3 werden die Wörter „die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen Nord und Nordwest“ durch die Wörter „die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt“ ersetzt.
6. Die Anlage 2 wird wie folgt geändert:
- a) Abschnitt A wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 1 wird unter „ausstellende Stelle“ die Angabe „See-BG“ jeweils durch die Angabe „BG Verkehr“ ersetzt.
- bb) In Nummer 5 wird das Wort „See-Berufsgenossenschaft“ durch die Wörter „Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft“ ersetzt.
- b) Abschnitt B wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 1.1 wird das Wort „See-Berufsgenossenschaft“ durch die Wörter „Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft“ ersetzt.
- bb) In Nummer 3.2 Buchstabe a Satz 1, Buchstabe b Satz 1 und 2 und Buchstabe c wird jeweils das Wort „See-Berufsgenossenschaft“ durch die Wörter „Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft“ ersetzt.
- cc) In den Nummern 3.4 bis 3.6 und 3.8 wird das Wort „See-Berufsgenossenschaft“ jeweils durch die Wörter „Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft“ ersetzt.
- dd) In Nummer 3.7 werden die Wörter „Kommission der Europäischen Gemeinschaften“ durch die Wörter „Europäischen Kommission“ ersetzt.
- ee) Nummer 4 Buchstabe a wird wie folgt gefasst:
- „a) Ein Bewuchsschutzsystem, das bei einer Besichtigung nach Anlage 4 Regel 1 des AFS-Übereinkommens überprüft wird und ein Biozid-Produkt im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (ABl. L 167 vom 27.6.2012, S. 1) ist, entspricht dem Übereinkommen, wenn es nach Maßgabe des Artikels 17 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 oder nach § 28 Absatz 8 bis 10 des Chemikaliengesetzes ordnungsgemäß auf dem Markt bereitgestellt oder verwendet wird. Darüber hat sich die Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft zu vergewissern. Zur Beschleunigung des Verfahrens kann der Antragsteller, um die Voraussetzungen in Satz 1 zu belegen, eines der folgenden Dokumente in Kopie vorlegen:
- aa) Bescheid der zuständigen Behörde über eine
- Zulassung im Sinne von Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012,
 - Erteilung der Registriernummer nach § 3 Absatz 2 Satz 4 der Biozid-Meldeverordnung vom 14. Juni 2011 (BGBl. I S. 1085) in der jeweils geltenden Fassung,
- bb) Auszug aus dem Elektronischen Verzeichnis
- nach Artikel 67 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 oder
 - nach § 4 der Biozid-Meldeverordnung mit den zur Identifizierung des Bewuchsschutzsystems erforderlichen Angaben.“
- ff) In Nummer 4 Buchstabe b Satz 1 wird das Wort „See-Berufsgenossenschaft“ durch die Wörter „Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft“ ersetzt.
7. In § 3 Absatz 3 Nummer 2, § 5a Absatz 1 Satz 1, § 6 Absatz 1 und 5, § 9 Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 Satz 1 Nummer 2, Absatz 6 Satz 1 und Absatz 8, § 11 Absatz 1 und 3 sowie Anlage 1 Abschnitt A.II. Nummer 1.3, Abschnitt A.III.a. Nummer 1.2, Abschnitt B.II. Nummer 7, Abschnitt C.I.3. Nummer 3.2, Abschnitt C.I.6. Nummer 2.1 Satz 2, Nummer 2.2, 3 und 3.2, Abschnitt C.III. und D.II. Buchstabe a wird jeweils das Wort „See-Berufsgenossenschaft“ durch die Wörter „Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft“ ersetzt.

Artikel 3
Änderung der
Schiffsausrüstungsverordnung

Die Schiffsausrüstungsverordnung vom 1. Oktober 2008 (BGBl. I S. 1913), die durch Artikel 4 der Verordnung vom 8. März 2012 (BGBl. I S. 483) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Nummer 2 werden die Wörter „zuletzt geändert durch die Richtlinie 2010/68/EU (ABl. L 305 vom 20.11.2010, S. 1)“ durch die Wörter „, die zuletzt durch die Richtlinie 2012/32/EU (ABl. L 312 vom 10.11.2012, S. 1) geändert worden ist,“ ersetzt.
2. § 3 Absatz 3 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:
„2. der Entschließungen der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation, insbesondere Entschlieung A.739(18) vom 4. November 1993 (VkBl. 2008 S. 508) und für die jeweilige Beurteilung der zutreffenden Sachverhalte nach den Modulen in der Entschlieung A.789(19) vom 23. November 1995 (VkBl. 2008 S. 508, 511),“.

Artikel 4
Weitere Änderung
der Schiffsausrüstungsverordnung

In § 2 Nummer 2 der Schiffsausrüstungsverordnung vom 1. Oktober 2008 (BGBl. I S. 1913), die zuletzt durch Artikel 3 dieser Verordnung geändert worden ist, werden die Wörter „Richtlinie 2012/32/EU (ABl. L 312 vom 10.11.2012, S. 1)“ durch die Wörter „Richtlinie 2013/52/EU (ABl. L 304 vom 14.11.2013, S. 1)“ ersetzt.

Artikel 5
Änderung der
Anlage zur Anlaufbedingungsverordnung

Die Anlage zur Anlaufbedingungsverordnung vom 18. Februar 2004 (BGBl. I S. 300), die zuletzt durch Artikel 7 der Verordnung vom 8. März 2012 (BGBl. I S. 483) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 2.3.2 werden die Wörter „Berufsgenossenschaft für Verkehr und Transportwirtschaft“ durch die Wörter „Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft“ ersetzt.
2. In Nummer 9.2 wird die Angabe „2.7.1“ durch die Angabe „4.1“ ersetzt.

Artikel 6
Änderung der
1. Ostseeschutz-Änderungsverordnung

Die Artikel 3, 4 und 7 der 1. Ostseeschutz-Änderungsverordnung vom 19. Dezember 2002 (BGBl. 2002 II S. 2953), die durch Artikel 6 der Verordnung vom 15. Dezember 2004 (BGBl. 2004 II S. 1667) geändert worden ist, werden aufgehoben.

Artikel 7
Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Artikel 4 tritt am 4. Dezember 2014 in Kraft.

Berlin, den 23. Januar 2014

Der Bundesminister
für Verkehr und digitale Infrastruktur
Dobrindt

Hinweis auf das Bundesgesetzblatt Teil II**Nr. 1, ausgegeben am 15. Januar 2014**

Tag	Inhalt	Seite
8. 1.2014	Bekanntmachung des Übereinkommens über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage	2
8. 1.2014	Bekanntmachung des Protokolls zum Übereinkommen über den Bau und Betrieb einer Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage betreffend den Beitritt der Regierung des Königreichs Spanien	38
8. 1.2014	Bekanntmachung des Übereinkommens über den Bau und Betrieb einer Einrichtung für die Forschung mit Antiprotonen und Ionen in Europa	42

Hinweis

Die Angaben unter einer Überschrift bedeuten:

FNA: Fundstellennachweis A mit den maßgeblichen Gliederungsnummern

Der seit 1952 jährlich vom Bundesministerium der Justiz herausgegebene Fundstellennachweis A – Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen –, jeweils abgeschlossen am 31. Dezember eines jeden Jahres, kann als jährliches Druckstück bis einschließlich der Ausgabe mit Stand 31. Dezember 2011 bei der Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, oder über den Buchhandel bezogen werden. Er ist seit 2012 nicht mehr in gedruckter Fassung erhältlich und steht jetzt auf der Internetseite der Bundesanzeiger Verlag GmbH (<http://www.bundesgesetzblatt.de>) über den kostenlosen Bürgerzugang im PDF-Format zur Verfügung. Der Fundstellennachweis A zum Stichtag 31. Dezember 2013 wird voraussichtlich im Laufe des ersten Quartals 2014 hier ebenfalls eingestellt.

GESTA: Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ mit der maßgeblichen Ordnungsnummer

Die vom Deutschen Bundestag seit 1973 – ursprünglich als Loseblattwerk, dann im Internet als GESTA.online – herausgegebene Gesetzesdokumentation steht seit August 2007 als Bestandteil des neuen Dokumentations- und Informationssystems (DIP) über die Homepage des Deutschen Bundestages (<http://www.bundestag.de> oder direkt <http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt>) online zur Verfügung. Sie finden die GESTA-Suche in der Erweiterten Suche nach Beratungsabläufen unter „Verkündung/Sonstiges“.

Nr. 2, ausgegeben am 20. Januar 2014

Tag	Inhalt	Seite
30.10.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zum Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken	82
20.11.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens von Locarno zur Errichtung einer Internationalen Klassifikation für gewerbliche Muster und Modelle	84
5.12.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels	85
10.12.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen	85
12.12.2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Europäischen Übereinkommens zum Schutz des audiovisuellen Erbes	86
12.12.2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls zum Europäischen Übereinkommen zum Schutz des audiovisuellen Erbes betreffend den Schutz von Fernsehproduktionen	87
12.12.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Verminderung der Staatenlosigkeit	88
12.12.2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht	88
13.12.2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen über das Büro des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland und über das gleichzeitige Inkrafttreten der dazugehörigen Verordnung	89
	FNA: 188-74-5	
13.12.2013	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über den Austausch von technischen Informationen und die Zusammenarbeit in Fragen der nuklearen Sicherheit.	89

Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts sind für die Abonnenten das Titelblatt, die Zeitliche Übersicht und das Sachverzeichnis für den Jahrgang 2013 des Bundesgesetzblatts Teil II beigelegt.

Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 2 Absatz 3 des Verkündungs- und Bekanntmachungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 114-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, wird auf folgende im Bundesanzeiger (www.bundesanzeiger.de) verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

	Datum und Bezeichnung der Verordnung	Fundstelle	Tag des Inkrafttretens
19. 12. 2013	Vierte Verordnung zur Änderung der Zweihundertvierunddreißigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Verkehrslandeplatz Mengen-Hohentengen) FNA: 96-1-2-234	BAnz AT 20.01.2014 V1	3. 4. 2014
8. 1. 2014	Achtundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Hundertsechsunddreißigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Verkehrsflughafen Braunschweig-Wolfsburg) FNA: 96-1-2-136	BAnz AT 20.01.2014 V2	1. 5. 2014
8. 1. 2014	Erste Verordnung zur Änderung der Zweihundertsechsendvierzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Verkehrslandeplatz Giebelstadt) FNA: 96-1-2-246	BAnz AT 20.01.2014 V3	21. 1. 2014
10. 1. 2014	Sechssundsiebzigste Verordnung zur Änderung der Zweihunderteinundzwanzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Meldepunkten, Streckenführungen und Reiseflughöhen für Flüge nach Instrumentenflugregeln im kontrollierten Luftraum innerhalb der Bundesrepublik Deutschland) FNA: 96-1-2-221	BAnz AT 20.01.2014 V4	3. 4. 2014
13. 1. 2014	Berichtigung der Siebten Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen im Dachdeckerhandwerk FNA: 810-1-58-6	BAnz AT 21.01.2014 V1	–

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Union,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABl. EU	
	– Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	– vom
10. 12. 2013 Verordnung (EU) Nr. 1331/2013 des Rates zur Anpassung des Beitragsatzes zum Versorgungssystem der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Union mit Wirkung vom 1. Juli 2012	L 335/1	14. 12. 2013
13. 12. 2013 Verordnung (EU) Nr. 1332/2013 des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 36/2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien	L 335/3	14. 12. 2013
13. 12. 2013 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1333/2013 der Kommission zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1709/2003, (EG) Nr. 1345/2005, (EG) Nr. 972/2006, (EG) Nr. 341/2007, (EG) Nr. 1454/2007, (EG) Nr. 826/2008, (EG) Nr. 1296/2008, (EG) Nr. 1130/2009, (EU) Nr. 1272/2009 und (EU) Nr. 479/2010 hinsichtlich der Mitteilungspflichten im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation der Agrarmärkte	L 335/8	14. 12. 2013
13. 12. 2013 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1334/2013 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2008 hinsichtlich des Namens des Zulassungsinhabers und hinsichtlich der empfohlenen Dosis einer Zubereitung von <i>Lactobacillus rhamnosus</i> (CNCM-I-3698) und <i>Lactobacillus farciminis</i> (CNCM-I-3699) ⁽¹⁾ ⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.	L 335/12	14. 12. 2013
13. 12. 2013 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1335/2013 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 29/2012 mit Vermarktungsvorschriften für Olivenöl	L 335/14	14. 12. 2013
13. 12. 2013 Verordnung (EU) Nr. 1336/2013 der Kommission zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG, 2004/18/EG und 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Schwellenwerte für Auftragsvergabeverfahren ⁽¹⁾ ⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.	L 335/17	14. 12. 2013
13. 12. 2013 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1337/2013 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Angabe des Ursprungslandes bzw. Herkunftsortes von frischem, gekühltem oder gefrorenem Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch	L 335/19	14. 12. 2013
13. 12. 2013 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1338/2013 der Kommission zur 208. Änderung der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 des Rates über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit dem Al-Qaida-Netzwerk in Verbindung stehen	L 335/23	14. 12. 2013
5. 12. 2013 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1269/2013 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 802/2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽¹⁾ ⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.	L 336/1	14. 12. 2013
12. 12. 2013 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1342/2013 des Rates zur Aufhebung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren bestimmter Kabel und Seile aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in der Russischen Föderation im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009	L 338/1	17. 12. 2013
12. 12. 2013 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1343/2013 des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Peroxosulfaten (Persulfaten) mit Ursprung in der Volksrepublik China im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009	L 338/11	17. 12. 2013

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 52,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 2,65 € (1,60 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

**Jetzt
erhältlich**

Einbanddecken Bundesgesetzblatt 2013

Teil I: 45,00 €

(3 Einbanddecken) inkl. Porto und Verpackung

Teil II: 15,00 €

(1 Einbanddecke) inkl. Porto und Verpackung

Ausführung: Halbleinen rot, Rücken schwarzes Bibliotheksleinen mit Goldprägung (passend zu Ihrer bestehenden Sammlung)

Hinweis: Neben dem Einzelbezug können die Einbanddecken für Teil I und Teil II auch im Abonnement bezogen werden. Als Abonnent erhalten Sie die Einbanddecken für Teil I und Teil II ohne gesonderte Bestellung zugeschickt.

Die Titelblätter mit den Hinweisen für das Einbinden, die Zeitlichen Übersichten und die Sachverzeichnisse für den Jahrgang 2013 des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II wurden für die Abonnenten den Ausgaben des Bundesgesetzblatts 2014 Teil I Nr. 3 und 4 und Teil II Nr. 2 beigelegt.

Bundesanzeiger Verlag GmbH
Vertriebsabteilung Bundesgesetzblatt
Postfach 10 05 34 · 50445 Köln
Fax: (02 21) 9 76 68-2 78
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de